

verhüllt. Die früheren Blockparteien wollen von einer neuen Einigung, außer etwa zu unumgänglich notwendiger gesetzgeberischer Arbeit, nichts wissen. Das gilt in ganz besonderem Maße von den liberalen Parteien. Nachdem nun wenigstens glücklicherweise die Zersplitterung der Volkspartei in vier Gruppen und Gruppen beseitigt worden ist, aus denen die Fortschrittliche Volkspartei hervorging, ist auch in dem Liberalismus immer mehr die Notwendigkeit eines straffen taktischen Zusammengehens erkannt worden. Wie schwierig schon die Verschmelzung der Freisinnigen war, auch sie bedeuten im Wahlkampf doch nur wenig, wenn sie nicht Hand in Hand mit den Nationalliberalen gehen. Auf Wahlhülse seitens der Sozialdemokraten können sie doch nur in den wenigsten Fällen rechnen. Denn nicht überall haben sie die Stärke, wie in Süddeutschland, z. B. in Württemberg, wo gerade wegen der hier herrschenden demokratischen Grundanschauung die Sozialdemokratie nicht solche Verbreitung gefunden hat, wie in dem weniger demokratisch gesinnten Norden.

Im großen und ganzen sind besonders in Mitteldeutschland die taktischen Wahlabkommen, abgesehen von einigen unbeschreiblichen Doktrinen, durchweg verbindlich zur Einigung der Liberalen getroffen. Diese Vereinbarungen beziehen sich einseitig auf die Unterstützung bei der Hauptwahl. Nach dieser erst sollen dann die Bestimmungen für die Stichwahlen seitens der Nationalliberalen getroffen werden.

Die Freisinnigen lassen hier den Wahlkreisen größere Freiheit, dürften aber, wohl in den meisten Fällen, die Sozialdemokraten verstärken, auf deren Wahlhilfe sie wiederum im entgegengesetzten Falle nicht mit Unrecht rechnen.

So bildet in dieser Wahlkampagne ein scharfer Kampf zwischen der Rechten und der Linken, einschließlich der Nationalliberalen, das unterscheidende Kennzeichen im Vergleich zu der letzten Wahl von 1907.

Hoffen wir, daß auch in diesem heißen Kampfe der Parteien nicht die erste Gefahr unserer letzten Ergebnisse und die Feindseligkeit des Auslandes vergessen werden möge. Möge es auch von uns heißen, wie es der Führer der englischen Opposition im Unterhause kürzlich erklärte, daß unbeschadet der Anshauung und Partei und trotz heftiger innerer Kämpfe, bei Gefahren von außen alle Elemente einig sind. Möge niemand im Wahlkampfe vergessen, daß wir in einem Konflikt mit dem Auslandes Schulter an Schulter stehen, bereit, für Deutschlands Ehre, Macht und Existenz jederzeit einzutreten. — Dr. A.

Sächsische Nachrichten.

Den 30. November 1911.

Dresden.

— Hofnachrichten. Der König gedenkt am 11. Dezember einer Einladung des Fürsten von Lobkowitz zur Jagd nach Raudnis Folge zu leisten.

— In der heutigen Stadtvorordneten-sitzung stehen u. a. folgende Punkte zur Beratung: Verabreichung der durchschnittlichen täglichen Dienstdauer der Schaffner und Führer der städtischen Straßenbahn. — Besuch der Signal- und Streckenwärter der Straßenbahn um Verbesserung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse vom 10.

bei zugleich mitgeteilt wurde, daß die Buchhändlerstadt Leipzig einen geeigneten Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung gestellt habe. In seiner Etatsrede führte der sächsische Finanzminister v. Seydewitz des näheren aus: „Es steht eine Forderung in Aussicht, die das Interesse weiter Kreise erwecken wird, nämlich die erste Bauplatz für die deutsche Zentralbibliothek in Leipzig. Die deutsche Zentralbibliothek soll die Aufgabe erhalten, möglichst vollständig die Erträge des gesamten Buchhandels des deutschen Sprachgebietes, die gesamte deutsche periodische Literatur, die Privatdrucke, Festschriften, Flugblätter und ähnliche Druckschriften, soweit sie nicht von der Sammeltätigkeit von vornherein auszuschließen sind, zu sammeln und dadurch eine im deutschen Bibliothekswesen vorhandene empfindliche Lücke auszufüllen. Angesichts der führenden Stellung, die der altberühmte Leipziger Buchhandel des deutschen Buchgewerbes zu unserem freudigen Stolz einnimmt, erachtet es die Regierung als ihre Ehrenpflicht, dafür einzutreten, daß die deutsche Zentralbibliothek ihren Sitz in Leipzig erhält. Nachdem die Stadt Leipzig beschlossen hat, für die Bibliothek einen geeigneten Bauplatz unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, wird auch der sächsische Staat im allgemeinen Landesinteresse ein finanzielles Opfer bringen müssen, um der Stadt Leipzig und damit unserem engeren Vaterlande den Sitz der Zentralbibliothek zu sichern. Die Regierung beabsichtigt daher, die Ständeverammlung um Bewilligung der Mittel für die Errichtung der Gebäude zu bitten, vorausgesetzt, daß die Unterhaltung der Bibliothek vom Deutschen Reich oder mit Unterstützung des Reiches von dritter Seite übernommen wird.“ — Hoffentlich gelingt es der sächsischen Staatsregierung im Verein mit der Stadt Leipzig, das großzügige Projekt durchzuführen. In erster Linie wird dabei allerdings auf die Hilfe des deutschen Buchhandels gerechnet werden müssen, dessen Idealismus bei Schaffung von Kulturwerten aber noch niemals verjagt hat, selbst wenn ihm Opfer auferlegt wurden.

April 1911. — Bewilligung von Mitteln zum Betrieb der beiden Dresdner Fürsorgestellen für Lungenkranke. — Begründung von Beamtenstellen für die Straßenreinigung. — Geheime Sitzung.

— Die angekündigte Bekanntmachung betr. die Bekämpfung der Schmutz- und Schundliteratur, die seitens des Rates zu Dresden und des städtischen Schulamtes verfaßt worden ist, ist soeben erschienen. In derselben werden die Inhaber der Geschäfte, die solche Werke vertreiben, aufgefordert, den weiteren Vertrieb von Werken der Schundliteratur zu unterlassen. Andernfalls würden sich der Rat und das städtische Schulamt genötigt sehen, die Schuljugend vor dem Einkauf in den Geschäften, die solche Schundliteratur führen, zu warnen. Auch soll in Erwägung gezogen werden, bei Lieferungen für städtische Zwecke diese Geschäfte außer Berücksichtigung zu lassen. Die Bürgerchaft Dresdens wird schließlich noch ersucht, die beiden Behörden in ihren Bestrebungen gegen die Schundliteratur zu unterstützen. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den vereinigten Dresdner Jugendschriftenausschüssen in der 2. Bezirksschule Carlstraße 4 eine Geschäftsstelle errichtet worden ist, in der für jeden Geschäftsinhaber Auskunft über die Schriften der Schundliteratur erteilt wird.

— Zu Kommissaren für die nächsten Neuwahlen zum Reichstage sind vom Ministerium des Innern ernannt worden für den 1. Wahlkreis Amtshauptmann von Bogdorf in Ritzau, 2. Wahlkreis Amtshauptmann von Polenz in Löbau, 3. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. von Pflug in Bautzen, 4. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. von Hübel in Dresden-Neust., 5. Wahlkreis Bürgermeister Dr. Kretschmar in Dresden, 6. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Streit in Dresden-N., 7. Wahlkreis Amtshauptmann Freichert von Ler in Reichen, 8. Wahlkreis Amtshauptmann Geheimrat Regierungsrat von Köstly-Trzewicki in Pirna, 9. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Vollmer in Freiberg, 10. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Hartmann in Töbelen, 11. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Wach in Döbeln, 12. Wahlkreis Bürgermeister Dr. Weber in Leipzig, 13. Wahlkreis Amtshauptmann von Köstly-Wallwitz in Leipzig, 14. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Hoffberg in Rochlitz, 15. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Edelmann in Röhla, 16. Wahlkreis Bürgermeister Dr. Hübschmann in Chemnitz, 17. Wahlkreis Amtshauptmann von Koppensfels in Glauchau, 18. Wahlkreis Amtshauptmann Temmering in Zwickau, 19. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Fritsche in Stollberg, 20. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Lohse in Marienberg, 21. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Weiswange in Annaberg, 22. Wahlkreis Amtshauptmann von Köstly-Wallwitz in Auerbach, 23. Wahlkreis Amtshauptmann Dr. Rehner in Plauen.

— Crucianer-Gece. Die Gedächtnisfeier für die im vergangenen Jahre verstorbenen ehemaligen Crucianer fand am Montag bei der Morgenandacht im Kreuzgymnasium statt. Oberlehrer Lic. Roth hielt die Gedächtnisrede, die zunächst der dankbaren Erinnerung an unsere Toten überhaupt galt und gedachte dann, nachdem der Kreuzchor unter Professor Richters Leitung das Ecco quomodo moritur von Jakobus Gallus vorgetragen hatte, der 17 früheren Schüler, die im Verlaufe des vergangenen Jahres abberufen worden sind. Das Crucianer-Gece mit den ausführlichen Lebensnachrichten über die Verstorbenen soll noch vor Ablauf des Jahres an die Mitglieder der Vereinigung ehemaliger Crucianer verhandelt werden. Alte Kreuzschüler, die dieser Vereinigung noch nicht angehören, aber das Gece trotzdem zu erhalten wünschen, werden gebeten, ihre Adresse umgehend an den Rektor der Kreuzschule einzulenden.

— Dresdner Nationale Ausschüsse und Nationaler Landesausschuß. In der am 28. November in der Gastwirtschaft von Kneißt abgehaltenen Versammlung wurde das Programm der sozialdemokratischen Partei von 1891 behandelt. Landtagsbibliothekar Dr. Tille legte zunächst die verschiedenen Ausgaben der deutschen Parteiprogramme von Salomon, Mahler und Praumann vor, betonte, wie wichtig es für jeden politisch Interessierten sei, sich über die verschiedenen Parteiforderungen zu unterrichten und empfahl hinsichtlich der Sozialdemokratie eine eingehende Vergleichung des Gothaer Programms von 1875 mit dem Erfurter von 1891, sowie der immer zu wiederholenden Beschäftigung mit den „Erläuterungen“ zu letzterem von Kautsky und Schoenlauf (Preis 10 Pfa.). Sodann wurde das Programm im ganzen Umfange vorgelesen, um den Zuhörern, die zumeist Exemplare in Händen hatten, einen Gesamteindruck davon zu geben. Hierauf nahm der Redner Punkt für Punkt einzeln vor, erläuterte die Sätze, teilweise an der Hand von Kautsky-Schoenlauf, um dann in eine Kritik einzutreten und unter Anerkennung des großen Geschickes, mit dem das Programm abgefaßt ist, die Schwächen der Beweisführung aufzudecken und Gesichtspunkte für die Art der Bekämpfung zu entwickeln. Das Programm enthält vieles nicht, was man billig erwarten könnte; so schweigt es sich z. B. durchaus über die Stellung der Partei zur Monarchie aus und ist im ganzen so abgefaßt, daß es naive Leser als verhältnismäßig harmlos halten können. Nach der anderthalbstündigen Darlegung schloß sich eine eingehende Erörterung an, die sich mit dem Majoritätsprinzip und den indirekten Steuern befaßte.

— Die für den 4. Dezember angelegte Monatsversammlung der Allgem. ev.-luth. Konferenz

(Gruppe Dresden und Umg.) muß auf Montag den 11. Dezember verschoben werden. Herr Pfarrer Baible aus Beipzig, der Redakteur der Allgem. ev.-luth. Kirchenzeitung, wird über „Die christliche Presse“ sprechen. Der Vortrag wird abends 8 Uhr im Palmengarten, Pirnaische Straße, abgehalten werden. Gäste, von Mitgliedern eingeführt, oder beim Sekretariat (P. Hübener, Rützig bei Reichen) angemeldet, sind herzlich willkommen.

— Viktoria-Salon. Die Premiere mit dem Situations-Komiker Hartke in in seiner neuesten Rolle „Dienstmann Nr. 48“ beginnt um 8 Uhr. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt, nachmittags 4 Uhr und abends 8 Uhr.

— Der zwischen der Lenné- und Albrechtstraße gelegene Teil der Johann-Georgen-Allee, der während der Intern. Hygiene-Ausstellung gesperrt war, wird vom 1. Dezember an für allen Verkehr wieder freigegeben werden.

Blasewitz.

— Öffentl. Gemeinderatsitzung. Entschuldigt fehlten die Herren Justizrat Dr. Lehmann, Bauweiser Bänker, Rechtsanwält Dr. Kunath-Israel und Fabrikbesitzer Dr. Richter. Der Vorsitzende, Herr Gemeindevorstand Fischer, teilte zunächst mit, daß als ländlicher Abgeordneter für die Bezirksversammlung Herr Baumitz Bruno Müller hier gewählt worden ist und möchte Mitteilungen von zwei Einladungen, sowie davon, daß von Anschaffung eines anderen Rahmens für die vom Kunstmalers Schwente erworbene Skizze auf dessen Gutachten hin abgesehen worden ist. Zu 2. trug Herr Sanitätsrat Dr. Parth als Vorsitzender des Finanzausschusses die Endzahlen der einzelnen Kapitel der Gemeindefassen-Rechnung für 1910 vor, auf Grund der vom Bücher-Revisor und Finanz-Ausschuß vorgenommenen Prüfung die Richtigsprechung empfehlend, die einstimmig erfolgte. Nach dem Reserate betragen die Einnahmen der Gemeindefasse 415 125 Mark 88 Pfl., darunter 171 050 Mark 87 Pfl. Gemeindeanlagen und 10 461 Mark Besitzveränderungsabgaben; die Ausgaben 340 609 Mark 12 Pfl., sodasß Ende 1910 ein Kasseebestand von 74 516 Mark 70 Pfl. vorhanden war. Die Pensionskasse erforderte einen Zuschuß von 10 620 M. 73 Pfl. und betrug das Vermögen derselben 34 671 M. 35 Pfl. Der Bestand des Betriebsvermögens betrug 55 299 Mark 86 Pfl. 3. In Sachen der Einrichtung einer Jugendpflege für die schulentlassene männliche Jugend bis zum 20. Jahre wurde für 1912 ein Berechnungsgeld von 200 Mark bewilligt. 4. Auf ein Gesuch wegen Ueberlassung der Turnhalle des Realgymnasiums für einen Damen-Turnverein beschloß man, Genehmigung bis auf Widerruf gegen eine Vergütung von 50 Mark pro Jahr für eine Stunde wöchentlich und in der Annahme, daß die Teilnehmerinnen hauptsächlich hiesige Einwohnerinnen sind. 5. Mit der vom Waldpark-Kuratorium vorgeschlagenen neuen Fassung von § 41, 2 Abs. 1 der Ortsbauordnung, die Ausscheidung von gewerblichen Betrieben, welche geeignet sind, die Nachbarschaft zu belästigen, im Waldparkviertel, erklärte der Gemeinderat Einverständnis. 6. Von weiteren Maßnahmen, insbesondere Klage gegen einen Kutscher wegen Beschädigung eines Handelabers wurde wegen Aussichtslosigkeit abzusehen beschlossen. 7. In dem Dachstuhl des Grundstückes Berggassestraße 15 befinden sich von früher her bereits vier Wohnungen, anstatt nur 2 nach der neuen Bauordnung und beabsichtigt der Mieter einer dieser Wohnungen die Aufnahme eines Untermieters, wozu auf Grund der hierüber bestehenden Bestimmungen Dispensation abgeholt wurde. 8. Der Besitzer des Grundstückes Residenzstr. Nr. 53 mit dem zur endgültigen Festsetzung der Baufluchtlinie an der Ecke zwischen Residenz- und Raumannstraße ein Vergleich abgeschlossen und grundbüchlerlich eingetragen worden war, ersuchte in einer Eingabe, diesen Vergleich aufzuheben, da derselbe auf falscher Voraussetzung zustande gekommen sei und fordert außerdem auf Grund eines früheren Vergleiches Löschung der i. Zt. auf Landeskulturrente übernommenen Abgabenbeiträge für die Befestigung des Fußweges mit Minkerplatten entlang des Grundstückes in der Raumannstraße und Rückerstattung der gezahlten Rentenbeträge. Wegen der Aufhebung des Vergleiches stüßte sich die Eingabe auf das Auffinden eines alten Grenzsteines gelegentlich der kürzlich vorgenommenen Grenzregulierung. Der Rechts- und Verwaltungsausschuß empfahl, bei dem geschlossenen Vergleich stehen zu bleiben, da der gefundene Grenzstein nichts mit demselben zu tun hat und auch keiner der im § 779 des BGB. vorgezeichneten Gründe, aus welchen Vergleiche als rechtsungültig angesehen werden können, vorliegt. Ebenso ist die Forderung bez. der Abgabenbeiträge sowohl materiell wie formell abzulehnen. Dieses Gutachten wurde vom Gemeinderat einstimmig zum Beschluß erhoben. 9. Ein Gesuch der Dresdner Grundstücks-Gesellschaft um Genehmigung zur Entnahme von Kies aus den Elbwiesen wurde beschlossen, gemäß § 2 der Bauordnung abschlägig zu entscheiden und evtl. mit allen gesetzlichen Mitteln gegen ein solches Verhaben Stellung zu nehmen. — In der sich anschließenden nichtöffentlichen Sitzung wurden 4 Grundstücks-Schätzungen zwecks Festsetzung der Besitzveränderungs-Abgaben bewirkt; in mehreren Personalfachen (stapelförmige Gehaltsaufrückung); 2 Zuwachsteuerfachen und mehreren Steuer- und Schulgeld-Erlaß-Gesuchen zustimmende Beschlüsse gefaßt und weiter beschlossen, den 4 Beamten mit einem jährlichen Gehalte bis 1800 Mark eine einmalige Teuerungszulage von je 50 Mark zu gewähren.